

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendsdorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicolaus, St. Jakob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kubchnappel und Lischheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 28

Preis pro Stück 7 Pf.

Freitag, den 3. Februar

Telegraphische Adressen: 1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Jandauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Stadtparkasse Lichtenstein.

Der Einlegerzinsfuß bei unserer Stadtparkasse beträgt seit dem 1. Januar 1905

3 1/2 %

Die in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats gemachten, bis zum Ende des Monats nicht wieder abgehobenen Einlagen werden noch für den vollen Monat verzinst.

Rückzahlungen der Einlagen erfolgen in der Regel ohne Kündigung in beliebiger Höhe.

Das Einlegerguthaben beträgt mehr als 6 Millionen Mark, der Reservefond der Kasse ca. 440 000 Mark.

Die Geschäftszeit, die für Nachmittag um eine weitere Stunde verlängert worden ist, dauert von 8—12 Uhr und 2—5 Uhr.

Lichtenstein, am 21. Januar 1905.

Der Stadtrat.

Stedner,  
Bürgermeister.

## Der Bergarbeiterausstand im Reichstage.

Nachdem gestern der Reichstag die Erklärungen des Reichstanzlers Grafen Bülow über die Handelsverträge angehehrt und hierauf die Etats für Südwestafrika angenommen hatte, trat er beim Etat des Reichsamts des Innern in die Erörterung der zum Bergarbeiterausstande vorliegenden Resolutionen ein. Es sind dies die Resolution des Frhrn. v. Seyl (nat. lib.) die arbeitsstatistische Kommission mit Untersuchungen über die Verhältnisse des rheinischen Bergbaues beauftragen zu wollen zum Zwecke der Vorbereitung etwaiger reichsgesetzlicher Maßnahmen; die sozialdemokratische Resolution Auer, mit der Forderung einer Novelle zur Gewerbeordnung, deren sieben Punkte wir in unserer Mittwochnummer veröffentlicht haben, endlich eine Resolution Gotthein (freis. Vg.), die auch die Unterschrift von Zentrumsmitgliedern trägt und eine Novelle zur Gewerbeordnung, die insbesondere das Verbot des Nullens bringt, ferner obligatorische Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen in allen Betrieben mit mehr als hundert Arbeitern und in lebens- und gesundheitsgefährlichen Betrieben durch im Arbeiter-Ausschuss gewählte Kontrolleure, sowie eine Sicherung der Wohnung einen Monat nach der Kündigung verlangt. Der Abg. Sachse (Soz.) begründete die sozialdemokratische Resolution in längeren Ausführungen und schilderte die Mißstände im Bergbau.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte, es seien vom Abgeordneten Sachse schwere Angriffe gegen die Untersuchungskommission gemindert worden. Der preussische Handelsminister habe gesagt, er werde die Sache untersuchen, und wenn die Angriffe berechtigt sind, Remedur schaffen. Anzuerkennen ist, daß die Streitenden ein sehr ruhiges Verhalten gegen die Arbeitswilligen bewahren. (Beifall links.) Alles, was über Ausschreitungen gegen Arbeitswillige geschrieben worden ist, ist entweder nicht wahr oder mindestens übertrieben. (Beifall links.) „Ueber das geplante Berggesetz denke ich“, so führte der Staatssekretär aus, „anders als der Vorredner. Ein jeder muß wissen, daß der Staat die oberste Quelle alles Rechtes ist. (Beifall.) Deshalb wird die preussische Regierung alles tun, um das Berggesetz so schnell wie möglich an den Landtag zu bringen. Andererseits ist die Berggesetzgebung das Reich nicht zuständig ist, daß es daher auch besser ist, nicht von hier aus die Aktion in Preußen zu stören. Für ein Reichsberggesetz würde die preussische Regierung im Bundesrat jedenfalls nicht stimmen.“

Die Beratung der Resolutionen soll heute Donnerstag zu Ende geführt werden. Jedenfalls wird man die wohlwollenden Erklärungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky im Interesse der Bergarbeiter nur mit Genugtuung begrüßen können.

## Graf Bülow über die Handelsverträge.

Dem Reichstage wurden gestern von der Regierung die sieben neuen abgeschlossenen und vom Bundesrat bereits genehmigten Handelsverträge überreicht. Die sieben historischen Augenblicke begleitete der Reichstanzler Graf Bülow mit einer längeren Rede, in welcher er u. a. ausführte: „Industrie und Handel haben in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung sehr zugenommen. Die der Industrie drohende Gefahr des Erstehens in der eigenen Produktion wurde durch die Handelsverträge 1891 im wesentlichen beseitigt. Neuerdings deuten Zeichen dahin, daß Handel und Industrie unter günstigeren Ausspizien arbeiten und den Rückgang von 1895/9 überwinden haben. Aber die Landwirtschaft liegt da, wo sie liegt. Sie hat sich in den letzten Jahren um 48 Proz. der Bevölkerung. Diese Zahl verdient indessen die ernste Beachtung. Deutschland ist Agrar- und Industriestaat. (Sehr richtig.) Die Landwirtschaft ist ein der Industrie gleichberechtigter Faktor, insbesondere als die Grundlage unserer Wehr- und Nährkraft. (Beifall rechts.) Wenn ein solcher Organismus krank, darf er nicht seinem Schicksal überlassen werden, dann ist es die Pflicht einer staatsverhaltenden Politik, ihm jede Fürsorge und Pflege angedeihen zu lassen, die sich mit dem Interesse der andern Erwerbsstände irgendwie vereinigen läßt. Gerade auf langfristige Handelsverträge mit gebundenen Tarifen legen die verbündeten Regierungen den höchsten Wert, um Industrie und Handel vor Ueberforderungen zu schützen und es unserer Exportindustrie zu ermöglichen, sich auf längere Zeiträume einzurichten. Daneben aber halten es die verbündeten Regierungen für angemessen, unserer Landwirtschaft einen wesentlich erhöhten Schutz zu gewähren. Denn die Landwirtschaft ist es, die bei den letzten Handelsverträgen zu kurz gekommen war. Wir hoffen, daß unter dem Schutz der Getreidezölle sich der deutsche Ackerbau befriedigend entwickeln wird. Sehr schwerlich gestalteten sich die Verhandlungen über die Seezölle. Doch haben wir auf vordringlichem Gebiet mit Ausnahme von Cesterreich-Ungarn volle Aktions- und Sperrfreiheit behalten.“

Der Reichstanzler erörterte sodann die wesentlichen Abmachungen in den neuen Verträgen und fuhr fort: „Die deutsche Industrie steht so hoch, daß es ihr nur unter den erträglichen Verhältnissen möglich sein wird, Fortschritte zu machen. Wir haben genau so viel erreicht, wie wir nach Lage der Verhältnisse erreichen konnten. Sonst hätten wir den Zollkrieg nach allen Seiten aufnehmen müssen, bei dem sich eine wirtschaftliche Koalition gegen uns hätte bilden können, und schließlich hätten wir doch wieder zu Verhandlungen kommen müssen. Die Verträge stellen ein Ganzes dar auf der festen Basis des vom Reichstage bewilligten Zolltarifs. Sie können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Keiner der Erwerbsstände wird von ihnen völlig bedrängt sein; aber Sie sollen auch erwägen, was sie enthalten, und Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Eine solche gerechte Erwägung wird nach der Anerkennung der verbündeten Regierungen zu der Anerkennung führen müssen, daß die neuen Verträge auf einer für uns annehmbaren Grundlage abgeschlossen worden sind, auf der Grundlage unserer berechtigten Interessen und voller Gegenseitigkeit.“

Die Rede des Reichstanzlers wurde besonders auf der rechten Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Beratung des Postetats fort. Bewilligt wurden u. a. an ersten Raten 310 000 Mark für Leipzig, Hauptbahnhofspcst II, und 241 550 Mark für die neue Postverladestelle am künftigen Hauptbahnhof in Leipzig und 126 374 Mark für Sebnitz. Der außerordentliche Etat enthält nur eine vierte Rate für Fernsprechwerte in Höhe von 27 475 000 Mark. Korreferent Dr.

Müller-Sagan erkundigte sich nach den Ergebnissen des Ferndruck-Systems, das sich ausgezeichnet bewährt habe, und regte an, für den Landtag und Reichstag Ferndruck-Apparate aufzustellen. Das Rohrpost-System sei kräftig weiter auszubauen, insbesondere zwischen den großen Städten des Nordens und Südens, des Ostens und Westens.

\* Der Besuch des Fürsten von Bulgarien am Berliner Hofe der in Folge der Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich unterbleiben mußte, wird voraussichtlich binnen kurzem erfolgen.

## Die Unruhen in Rußland.

### Die Arbeiter beim Zaren.

Kaiser Nikolaus empfing gestern nachmittag, eine aus 31 Mitgliedern bestehende Abordnung der Arbeiter der Fabriken von Petersburg. Dieselben waren begleitet vom Finanzminister und dem Generalgouverneur Trepow. Der Kaiser erschien, begleitet vom Großfürsten Georg, dem Hofminister Baron Frederiks und dem Palastkommandanten Heise. Die Arbeiter verneigten sich vor dem Zaren, der sie ansprach: „Guten Tag, meine Kinder!“ Die Arbeiter riefen: „Wir wünschen Eure Majestät gute Gesundheit!“ Darauf richtete der Kaiser folgende Ansprache an die Arbeiter: „Ich habe euch berufen, damit ihr meine Worte von mir selbst vernehmet und sie Euren Genossen mitteilen könnt. Die beklagenswerten Ereignisse mit den traurigen und unvermeidlichen Folgen der Unruhen sind eingetreten, weil ihr euch von Verrätern und Feinden unseres Vaterlandes habt verführen und täuschen lassen. Als sie Euch aufforderten, eine Petition über Eure Bedürfnisse an mich zu richten, haben sie Euch zur Revolte gegen mich und meine Regierung aufgewiegelt, indem sie Euch zwangen, Eure eheliche Arbeit in einem Zeitraum zu verlassen, in dem alle wahren Russen unaufhörlich arbeiten müssen, um unseren hartnäckigen Feind zu besiegen. Ausstand und aufwieglerische Kundgebungen führen die Menge stets zu Unruhen, die die Behörden immer gezwungen haben und auch in der Zukunft zwingen werden, das Militär zu verwenden, was unschuldige Opfer zum Ergebnis hat. Ich weiß, daß das Leben der Arbeiter nicht leicht ist. Es müssen viele Dinge organisiert und verbessert werden, aber habt Geduld! Nun begreift selbst, daß es nötig ist, gerecht gegen die Arbeitgeber zu sein und die Verhältnisse unserer Industrie zu berücksichtigen, aber mir Eure Bedürfnisse in Gestalt einer aufwieglerischen Menge auseinanderzusetzen, ist ein Verbrechen. In meiner Sorge für die Arbeiter werde ich Maßregeln ergreifen, um alles mögliche zu tun, um deren Lage zu verbessern und ihnen gesetzliche Wege zur Ausherrung ihrer Forderungen zu sichern. Ich glaube an die ehelichen Bestimmungen der Arbeiter und an ihre Ergebenheit für mich und ich verzeihe ihnen diese Frevelthat. Reht an Eure Arbeit zurück und erfüllt Eure Aufgabe mit Euren Genossen. Gott helfe Euch!“

### Die Petersburger Hochschulen.

Sämtliche Hochschulen in Petersburg sind auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Studenten, die nicht in Petersburg beheimatet sind, erhielten die Weisung, in kürzester Zeit die Residenz zu verlassen.

Wie Koch-ehl-Rafao,

ter.

ndorf.

ndorf.

blig.

ttag 2 Uhr.  
enstag, den  
Schützenhaus.  
ein  
Tanztlehrer.

2.

reisen!

pelzge-  
Schnallen,  
Stiefel und  
Befestigten  
L.

mit Deringern  
mit viel Geld  
Neue Voll-  
1000 St. 30 St.;  
St. 15, 50 M.  
3, 50 M. ver-  
n.

Mittweida.  
angeben.

ente

atenbüchse

erkorn

Zwickau's  
BARNHOFSTR.  
Lichtung in Berlin

er lieben

tlar

Liebe und  
zum Grabe  
geworden,  
für auf das  
besonderen  
Postesworte,  
es Vereins  
es ehrende  
ersten Rahe-  
n.  
bewiesene

chettler

assenen.

lein.

lein.

lein.

lein.

lein.

lein.

lein.